

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

29 (4.2.1925)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit, 90 S. ohne Zustellung. Einzel-Preis 10 S., Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonnenzeile 20 S., auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

### Steigende Montanwerte — Sinkender Arbeiterlohn

Berlin, 4. Febr. (Eigener Funddienst.) Am 20. Dezember 1924 wurden, wie von der Sozialdemokratie aufgedeckt worden ist, 645 Goldmillionen als Ruhestückung, hauptsächlich an die Montan-Industrie des Ruhrgebietes verrechnet. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht in seiner heutigen Morgenausgabe eine Tabelle, die zeigt, wie auf Grund dieser Unsummen Ruhestückung die Kurse der Montan-Papiere in die Höhe geschossen sind. Am 22. Dezember stiegen Duxener Guß auf 87%, am 2. Februar auf 96, Essener Stahlfabrikation in derselben Zeit von 80 auf 98, Geiselsdorf von 91% auf 100, Harnener von 125 auf 155%, Höpfer von 78% auf 104%, Kalker von 62% auf 69%, Phoenix von 47,4 auf 69%. Zweifellos sind die Ruhestückungen zu spekulativen Börsenmanövern ausgenützt worden.

#### Protest der Gewerkschaften

Berlin, 3. Febr. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund erheben in einem Schreiben an den Reichstag die stärksten Einpruch gegen die von der Regierung an die Großindustrie im Rheinland und Westfalen ausgeschüttete Ruhestückung von 715 Millionen Goldmark. Sie erklären, während die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Hauptträger des passiven Widerstandes, mit einem geringen Bruchteil ihrer Ansprüche abgefunden worden seien, erhalte die chemische Großindustrie eine über den erlittenen Schaden hinausgehende Summe. Die genannten Gewerkschaftsbünde erwarten von den Parteien des

Reichstages eine eingehende Untersuchung dieser Vorgänge und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine Gesamtregelung, die der sozialen Gerechtigkeit entspreche.

Berlin, 4. Febr. (Eigener Funddienst.) Auch der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands nimmt in einer Entschiedenheit zu den Vorgängen der Ruhestückung Stellung. Er stellt der Bereicherung der Unternehmer durch den Bürgerkrieg, die Benachteiligung der Arbeiter gegenüber. Die Entschiedenheit lautet: „Nach dem Abschluß der Ruhestückung setzte ein verstärkter Lohndruck im Bergbau ein. Im Dezember 1923 billigte der Zentralverband mit dem Hinweis auf die übernommenen Ruhestückungen einen Lohnabzug. Durch Widerspruch vom 10. Dezember 1923 ist der Gesamtlöhne — der Schlichter beruft sich ausdrücklich auf die Ruhestückungen — um 12 v. H. gesenkt worden. Infolge der Ruhestückungen ermäßigte man gegen den Willen der Arbeitervertreter im Schlichterspruch den Gesamtdurchschnittslohn von 5,25 M. auf 4,62 M.; aber damit sagte der Lohndruck unter Berufung auf die Ruhestückungen noch nicht aufgehört. Am 4. Januar 1924 wurde ein neuer Lohnabzug mit den Ruhestückungen begründet. Das Schlichtergericht kürzte den Durchschnittslohn gegen die Stimmen der Arbeitervertreter um weitere 9 v. H. und führte als Hauptgrund die Ruhestückungen an. Der Durchschnittslohn wurde somit am 1. Januar 1924 von 4,62 M. auf 4,20 M. herabgesetzt. Aber nicht nur die Löhne wurden im besetzten Gebiete so erheblich unter Protest der Arbeitervertreter gekürzt, auch die Schlichtersprüche über die künftige Arbeitszeit in Steinkohlen, Braunkohlenbergbau und Schieferbergbau sind in der Hauptsache mit der Übernahme der Ruhestückungen begründet worden.“

### Ein neuer Skandal

Wie der Bürgerkrieg regiert

Der von der Sozialdemokratie aufgedeckte 600 Millionen-Skandal liegt dem Bürgerkrieg schwer im Magen. Es wird deshalb mit allen Mitteln versucht, die Angelegenheit als eine harmlose Geschichte hinaustellen, und erst am Montag hat sich die Regierung wieder bemüht, die Öffentlichkeit durch eine offizielle Meldung von der Darinlosigkeit und Notwendigkeit des Ruhestückungs-Skandals zu überzeugen. Immerhin haben wir keinen Anlaß, von unserer Kritik auch nur das geringste zurückzunehmen. Wir haben niemals behauptet, daß die Industrie des besetzten Gebietes überhaupt keine Entschädigung erhalten sollte und damit ist der Kern der amtlichen „Richtigstellung“ bereits erledigt. Unsere Kritik richtete sich in erster Linie gegen die gesetzwidrige Auszahlung der Entschädigung, die Höhe der ausgeschütteten Summen und ihre Veranschlagung ohne Kontrolle. Das weiß auch die Bürgerkriegs-Regierung — aber sie verzichtet, auf den Kern der Sache einzugehen und bestätigt damit, daß sie in der ganzen Angelegenheit ein äußerst unaufrichtiges Gewissen hat.

In der Tat ist die neueste „Richtigstellung“ der zuständigen Reichsstellen nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, das man nicht einmal geschickt nennen kann. In ihm wird z. B. behauptet, daß die Ruhestückungen ausgeschüttet worden sind, weil die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsprüfung für das Reich werden sollten. Man muß gefehen, daß der Bürgerkrieg diesen Grundsat beackelt hat, solange es die reichen Großverdiener betraf. Bis heute haben die Arbeiter und Angestellten überhaupt nichts erhalten, die weniger gut bemittelten Firmenbesitzer des besetzten Gebietes sind ebenfalls fast laum entschädigt und darüber hinaus geht die Bürgerkriegs-Regierung jetzt dazu über, von einzelnen Gemeinden noch Rückzahlungen aus der Zeit des passiven Widerstandes zu fordern. Wo bleibt da der zur Bezahlung des 600 Millionen-Skandals angeführte Grundtat?

Den Gemeindeführern ist es damals viel schlechter ergangen als den Industrieherrn, die es bisher immer noch verstanden haben, große Lasten auf andere abzuwälzen. Rund 60 Prozent der Gesamtbevölkerung des besetzten Gebietes waren der öffentlichen Fürsorge überliefert. In langen Promenaden warteten diese Volksschichten vor den Amtshäusern, bis von ihren Gemeinden die neuen Geldscheine gedruckt waren. Ihr Aufbruch richtete sich nach den in täglichen Rundtelegrammen des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilten Zahlen. Wenn das Ministerium z. B. telegraphierte: Der Erwerbslose erhält für die halbe Woche 125 000 000 000 M., dann wurden eben Papiere mit einem solchen Aufdruck verteilt. Nun kam es aber sehr oft vor, daß man für diesen Betrag zur Zeit seiner Auszahlung an die Erwerbslosen vielleicht gerade ein Brot kaufen konnte. Die Hungernden aber machten ihren Anspruch an das Leben geltend, demonstrierten und verurteilten zeitweilig sogar zu plündern. Es war die Pflicht der Städte, diesen Zustand möglichst einzudämmen und infolgedessen mußten sie für Nahrung sorgen. Sie ließen eben drucken und gaben ferner, was sie glaubten, vor dem Volk verantworten zu können. Jede Stadt des besetzten Gebietes hatte damals z. B. öffentliche Speiseanstalten. Was aber geschieht jetzt?

Seit vielen Wochen sind zahllose Revisionen des Reiches in den Stadtverwaltungen des besetzten Gebietes tätig und rechnen auf Reichsmark von heute um, was damals an gedrucktem Papier mehr produziert wurde, als die bewussten Rundtelegramme aus Berlin für richtig hielten. Mit erstaunlicher Großzügigkeit gehen die Herren Revisionen vor. Vorläufig nur ein Beispiel: In einer bestimmten Stadt wurden zur Mitarbeit bei der Erwerbslosenfürsorge achtzig neue Erwerbslose herangezogen. Halbe und ganze Nächte mußte gearbeitet werden. Die Arbeiter hatten Hunger. Deshalb wurden 2 M. für Brötchen und Wurst ausgegeben, die ordnungsgemäß verbucht worden sind. Was macht jetzt der Revisor? Er verlangt Ersatz von insgesamt 20 Pfennig. Der Gesamterfolg? Von Düsseldorf verlangt das Reich eine Rückzahlung von 1 800 000 Goldmark für sogenannte Ueberzahlungen aus der Hungerperiode; Mettmann soll 180 000 M., Solingen 80 000 M., Remscheid 100 000 M. und Elgers 80 000 M. zahlen. Das sind nur einige Beispiele, die wir anführen, um die Grundtatsache der Bürgerkriegs-Regierung zu charakterisieren. In Wirklichkeit aremt die Zahl der Städte, die zu Rückzahlungen verurteilt ist, fast an die Hunderte, und die Summen, die sie aufbringen soll, übersteigen das Vielfache dieser Zahl.

Die Rückzahlung von über 700 Millionen Goldmark an die Ruhrindustriellen erweist sich also immer mehr als ein Skandal, der keinesgleichen sucht. Die Industrie erhält Millionen von Mark ohne Nachweis der Bedürfnisse, ohne jede Kontrolle — die Gemeinden des besetzten Gebietes aber, die während des passiven Widerstandes fast ihr Letztes hingabegeben und die heute mit der Wohlfahrtspflege bis aufs äußerste belastet sind, werden in „großzügiger Form“ kontrolliert und zur Zah-

### Wie wir's in Preußen?

Berlin, 3. Febr. Da die parlamentarische Lage noch nicht geklärt ist, dürfte in der Donnerstags-Sitzung des Landtags die Bekämpfung des Landtagspräsidenten erledigt werden. Aber auch das scheint nur möglich, wenn Braun bis dahin seinen Auftrag zurückgibt. Nimmt er ihn an, und das wäre gleichbedeutend mit der Bildung einer tragfähigen Regierung, dann will die Zentrumsfraktion auf den ersten Landtagspräsidenten nicht verzichten.

Berlin, 4. Febr. (Eig. Funddienst.) Der agrarische Flügel der Zentrumsfraktion setzt hinter der scheinbaren Einmütigkeit des Zentrums, die aus der einmütigen Zustimmung zu Günthers des Ministerpräsidenten voran geschlossen werden konnte, seine Widerarbeit fort, um das Zentrum zu einem Anstoß an die Rechtsparteien zu bringen. Insbesondere Ambusch und Borch werden mit dem Hofe dieser schwarzen Großgrundbesitzer verflochten. Triumpfhierend nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ von dem Kampfe des Führers des rheinischen Bauernvereins, Freiherrn v. Loe, Kenntnis, der sich in Zeitungen flüchtete, die den Deutschen nationalen nahe stünden, um seine den öffentlichen Zentrumspolitiker bekämpfenden Äußerungen kund zu tun. Das Blatt erinnert daran, daß am 14. Januar der landwirtschaftliche Beirat der westfälischen Zentrumspartei sich aufs äußerste gegen eine offene oder verdeckte Koalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum ausgesprochen und die Sezanzierung der Rechtsparteien sowohl in Preußen als im Reich verlangt habe. Auch der landwirtschaftliche Beirat der rheinischen Zentrumspartei habe sich wiederholt so ausgesprochen. Man wird gut tun, die Möglichkeit einer allgemeinen Rechtsabwendung des Zentrums ins Auge zu fassen.“

### Deutschnationale Hege gegen Verminderung der Arbeitszeit

Berlin, 4. Febr. (Eigener Funddienst.) Die „Arensztg.“ bringt am Mittwoch Morgen unter der Überschrift: „Soziale Gefahren“ einen Aufsatz gegen die Vortreibung der Arbeiter, sich den Achtstundentag wieder zu erziehen. Das deutschnationale Blatt gibt zunächst seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß die möderliche Zwölfstundenschicht in den Kofferten- und Hüttenbetrieben aufgehoben worden ist. Es wundert sich, daß die Unternehmer das so verhältnismäßig ruhig hingenommen haben und puscht sie auf, sich kräftig zu wehren, da sonst weitere Verkürzung der Arbeitszeit droht. Auch gegen die Rationalisierung des Maschinenwesens merdet sich die deutschnationale Zeitung. Unter dem Druck der internationalen Bindungen Deutschlands könne man sich eine solche soziale Politik nicht leisten.

### Neuaufgabe des Magdeburger Prozesses

Berlin, 4. Febr. (Eig. Funddienst.) Die Berufungsverhandlungen im Magdeburger Landesvertragsprozeß werden am 7. Februar beginnen und voraussichtlich eine lange Reihe von Tagen in Anspruch nehmen.

### Ein Brand im Erdölgebiet

Moskau, 3. Febr. In Waku ist der größte Gasbrunnen in Brand geraten. Die Flammen stiegen 50 Meter hoch. Durch die Hitze sind 27 Personen vergiftet worden. Der Gefahr einer Ausbreitung des Brandes auf weiteres Gebiet ist vorgebeugt.

### Reichspräsidentenwahl

Berlin, 4. Febr. (Eig. Funddienst.) Die Wahl des Reichspräsidenten wird wahrscheinlich am 3. Mai ds. Js. stattfinden.

### Schließung der Dunlop-Werke

Hannau, 3. Febr. In der Deutschen Dunlop-Gummi AG. ist gestern ein Teil der Belegschaft in den Streik getreten, nachdem sie den am Samstag durch den Schlichter der hiesigen Industrie gefällten Schlichterspruch, der eine wesentliche Erhöhung der Löhne brachte, nicht anerkannt hat. Daraufhin hat die Direktion der Dunlop-AG. den gesamten Betrieb geschlossen und die Arbeiterhaft aufgefodert, bis Mittwoch die Arbeit reiblos wieder aufzunehmen, andernfalls die fristlose Entlassung sämtlicher etwa 900 Arbeiter erfolge.

### S. M. gewinnt wiederum einen Prozeß

Berlin, 3. Febr. In dem Prozeß um die zum Hausbesitzkommis des preussischen Königshauses gehörigen Rittergüter Mittweida und Stuken wurde heute das Urteil verkündet. Der Aussetzungsantrag des besagten preussischen Fiskus wurde abgelehnt und festgestellt, daß der preussische Staat nicht Eigentümer der Güter sei, sondern daß diese vielmehr, wie das gesamte Ritterkommis Eigentum des preussischen Königshauses seien.

### Eine neue Erfindung

Wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, hat der Ingenieur Bernhard Becker in Koblenz bei Weimar einen Dampfessel erfunden, der eine Umwälzung auf dem Gebiete der Wärmetechnik herbeiführen dürfte. Der Kessel, der aus einem Röhrensystem besteht, erlaubt Leistungen, die ebenso groß sind wie die eines 20mal so großen Dampfessels in der üblichen Form. Bei dem neuen Kessel wird verflüssigtes Wasser in die Röhren gedrückt und im Augenblick des Eintretens in Dampf verwandelt. Vor Professorvertetern gelang es dem Erfinder, in einem Versuchsstiel vier Minuten nach der Einschaltung 20 Atmosphären Druck zu erzeugen.

### Spaltung der italienischen Faschisten

SPD, Rom, 3. Febr. (Eig. Draht.) Hier auf dem radikalen Flügel stehende faschistische Abgeordnete, darunter Lore, sind infolge inneren Parteistrites aus der faschistischen Partei ausgeschieden und haben eine eigene Fraktion gebildet. — Bei der Wahl der römischen Rechtsanwaltskammer siegte die nichtfaschistische Liste überlegen.

Rom, 4. Febr. (Eig. Funddienst.) Bei den Gemeindevahlen in dem bisher vollkommen faschistischen Ort Stradella in der Provinz Padua siegte die anti-faschistische Liste mit 300 gegen 8 Stimmen.

### Wohnungsschiebungen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 3. Febr. Wie aus dem amtlichen Seite mitgeteilt wird, wurden von den am vergangenen Samstag in der Angelegenheit des Wohnungsamtes verhafteten Personen Geständnisse abgelegt, durch die die bisher Beschuldigten schwer belastet werden. Der Leiter des Wohnungsamtes, Greffer, ist unter den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen jellisch aufgenommen worden. Die Untersuchung nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Polizeiverdore wurden angewiesen, sämtliche in den letzten Jahren nachweisbar freigegebenen Wohnungen zu überprüfen, sowie Meldesettel und Meldebücher festzustellen, insbesondere aber genaue Listen derjenigen aufzustellen, die seit der Zwangswirtschaft in die Wohnungen eingewiesen wurden.



lung von Summen gezwungen, die sie tatsächlich nie erhalten und nur im Interesse des gesamten deutschen Volkes ausgegeben haben. Hunderte von Millionen sind zu diesem Zweck nötig — während für die Industrie das Geld gewissermaßen zum Fenster hinausgeworfen wird. Die Gemeinden sollen nachträglich für die Inflation büßen — die Industrie aber erhält neben ihren Inflationsgewinnen von der Regierung des Bürgerblocks noch einen besonderen Lohn auf Kosten der deutschen Arbeitnehmerschaft. Hat die Weltgeschichte einen größeren Skandal je gesehen?

**Die Auswirkung des Skandals in Frankreich**

Paris, 2. Febr. (Eig. Bericht.) Der von der sozialdemokratischen Partei aufgedeckte Skandal der hinter dem Rücken des Reichstages an die Schwerindustrie gezahlten Entschädigungen hat hier das größte Aufsehen erregt. Die Blätter sprechen von einer Korruptionsschandale, die an Ausmaß und der darin von den verantwortlichen Stellen befandenen Struppellosigkeit selbst die Panama-Affäre in den Schatten stellt. In den politischen Kreisen erregt man sich vor allem darüber, daß die deutsche Regierung die 800 Millionen, die sie durch die Dames-Anleihe vom Ausland erhalten habe, zu sieben Millionen an ungelegenen Subventionen an die Schwerindustrie verwandt hat. Die nationalsozialistischen Blätter ziehen daraus das Argument, daß Deutschland auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Alliierten gründlich eingeleitet habe. Es habe die Geldgeber der ganzen Welt mobilisiert lediglich zu dem Zweck, um den Industriemagnaten an der Ruhr ein Geschenk von 700 Millionen Goldmark zu machen.

**Die Krise in Belgien**

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

Die belgische Kammer, die seit Jahren mit dem innenpolitisch und teilweise auch außenpolitisch vollkommen aktionsunfähigen Kabinetts Rheunis fortvegetiert, ist nunmehr am Ende ihres Daseins angelangt. Seitdem die sozialistischen Minister aus der Regierung hinausmandatiert wurden, um der kräftigen demokratischen und sozialpolitischen Reformarbeit der Nachkriegszeit ein Ende zu machen, hielt eben nur dieses negative Ziel die katholisch-liberale Regierungsmehrheit zusammen, aber zu irgendwelcher aufbauender Arbeit war dieser Bürgerblock in seinem Augenblicke fähig. Aber die Furcht, daß das offene Eingeständnis ihres Bankrotts die Sozialisten zum maßgebenden Faktor der belgischen Politik machen würde, bewog die Regierungskoalition immer wieder dazu, sich ihrem oft ununterbrochen drohenden Zerfall frampftätig entgegenzustellen. Immer wieder kam es zu einem faulen Kompromiß, und zwar durchweg auf der Grundlage, daß beide Parteien auf die Bewirkung ihrer gesetzgeberischen Forderungen verzichteten. So bietet die belgische Kammer seit dem Austritt der Sozialisten aus der Regierung ein Bild der Unfruchtbarkeit und der Konfusion, das nicht allfänglich ist.

Nun geht dieses abstoßende Spiel aber doch zu Ende. Die Lebenszeit des Parlaments ist beinahe abgelaufen und die Remonstrationen müssen verfassungsgemäß spätestens am 24. Mai stattfinden. Aber obwohl die beiden Regierungsparteien in fast allen wichtigen Fragen vollkommen uneinig sind, kammerieren sie sich auch noch in der allerletzten Zeit und zum Teil noch heute frampftätig an dieses Parlament, um möglichst keinen einzigen Tag der Macht zu verlieren.

Trotzdem stehen wir nun vor der offenen Krise. Es ist die Frage des Frauenstimmrechts zu den Provinzialwahlen, die sie zum Ausbruch gebracht hat. Die Katholiken wollen das Frauenstimmrecht zu diesen Körperschaften, weil diese ein Viertel des Senats wählen und weil die Katholiken vielleicht nicht mit Unrecht hoffen, daß der Stimmengewinn, den ihnen das Frauenwahlrecht bringen würde, vielleicht ausreicht, um ihnen die Mehrheit im Senat zu sichern. Aus diesem Grunde aber widersehen sich die Liberalen dem Frauenstimmrecht mit aller Macht. Auch die Mehrheit der Sozialisten ist gegen seine sofortige Bewirkung. Darüber hinaus betrachten die Liberalen die Bewirkung dieser Frage im Parlament als einen Bruch des Koalitionspaktes. Sie drohen schon seit Jahren mit dem Rücktritt ihrer Minister, falls die Katholiken einmal Gesetzesentwurf über das Frauenstimmrecht stellen.

Bis jetzt hat diese Drohung genügt, um die Katholiken einzuschüchtern. Nun aber drängt die Zeit. Kammer der Gesetzentwurf nicht schnell zur Verhandlung, so wird das Parlament aufgelöst, ohne daß das Frauenstimmrecht Gesetz wird, und dann wird der neue Senat wieder von den alten Provinzialversammlungen in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung gewählt.

Darum haben sich die Katholiken jetzt entschlossen, die Frage des Frauenstimmrechts ohne Rücksicht auf die Liberalen gleich nach Verabschiedung des Gesetzesentwurfs über die Erhöhung der Lehrergehälter auf die Tagesordnung der Kammer zu setzen. Die Diskussion dürfte in etwa zwei Wochen beginnen. An der Annahme des Gesetzesentwurfs in der Kammer ist nicht zu zweifeln, weil außer den 70 Katholiken etwa 20 Sozialisten, die sich früher schon zugunsten des Frauenstimmrechts festgelegt haben, dafür stimmen und eine ausreichende Mehrheit sichern werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen — allerdings sofern bei diesen Herren überhaupt etwas sicher ist — daß die Liberalen dann die Krise provozieren. In diesem Falle wird Herr Rheunis voraussichtlich sofort die Kammer auflösen und die Neuwahlen werden Ende Februar oder Anfang März stattfinden.

Es ist freilich ausgeschlossen, daß die Kammer einen rein katholischen Kabinetts durchziehen, das die Wahlen zu machen hätte. In solcher „Wahlmode“ haben die belgischen Katholiken schon Erfahrung. So wurden die letzten Wahlen vor dem Kriege, als die katholische Alleinherrschaft endlich ernst bedroht war, von dem damaligen Ministerpräsidenten de Broqueville in der Weise „gemacht“, daß er inmitten des Wahlkampfes, wenige Tage vor den Wahlen, alle Staatsbeamten durch eingeschriebenen Brief von der bevorstehenden Erhöhung ihrer Gehälter in Kenntnis setzte — vorausgesetzt, daß die katholische Regierung am Ruder bleibe! Das war freilich in der guten alten Zeit des „Normalwahlrechts“. Heute müßte die Wahlmacherei etwas weniger plump ins Werk gesetzt werden. Nichtsdestoweniger wäre den Herren manches zuzutrauen und aus diesem Grunde würden die Sozialisten sicher nicht untätig zusehen, wenn der König es sich einfallen ließe, im Falle der Demission des Kabinetts Rheunis eine liberale Minderheitsregierung vor den Wahlen zu ernennen.

Man kann sich nach dem Vorstehenden ein Bild davon machen, wie langsam und geräuselt der Wahlkampf bei den Katholiken und Liberalen sein muß, die den Wählern nichts aufzuweisen haben als Unfruchtbarkeit und innere Spaltungen. Der Kampf hat übrigens bereits eingesetzt. Die Sozialisten gehen ihm frischen Mutes entgegen. Die Kandidatenlisten der Sozialdemokraten werden in jedem Wahlkreis durch Abstimmung aller in den Parteigruppen, den Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Mitglieder festgelegt. Dieser „Poll“, wie man es nennt, ist also eigentlich schon eine wirkliche demokratische Volkswahl, an der in der Regel ein großer Prozentsatz der Gesamtbevölkerung teilnimmt. Es ist deshalb ein Beweis gro-

ßer innerer Kraft und Geschlossenheit der belgischen Partei, daß bei den freien stattgefundenen Wahlen die bisherigen Abgeordneten der Partei sowohl für die Kammer wie den Senat durchweg auf die Kandidatenliste gestellt worden sind, und zwar die hervorragenden Parteiführer stets an erster Stelle. Die Sozialdemokratie hat die besten Gründe, einen erheblichen Stimmen- und Mandatszuwachs zu erwarten, einen Zuwachs, der hinreichend wird, um die Wiederholung des mißtrauten Bürgerblocks unmöglich zu machen.

**Der deutschnationale Aufwertungs-schwindel**

Den Deutschnationalen wird es angst und bange, weil sie in eine verfluchte Zwangslage geraten sind. Wie sollen sie jetzt, da sie in der Regierung sitzen, ihre Aufwertungsversprechen, die sie während des Wahlkampfes in großzügigster Weise aus Agitationszwecken gemacht hatten, einlösen? Schon im Haushaltsauschuß des Reichstages waren sie peinlich berührt, als die Linke sich ihre Anträge, die sie im letzten Reichstage gestellt hatten, zu eigen machte. Wie traten die Deutschnationalen für Vertagung der Beratung ihrer eigenen Anträge ein. (1) Aber auch sonst wird liberal abgelehnt. Die deutschnationale Presse mag zwar noch nicht offen und ehrlich ihren Lesern mitteilen: Unsere Wohlversprechungen waren Puff und Schwindel, sie sind unbrauchbar. Dafür läßt man „Zuschriften“ zu Worte kommen, in denen bargelegt wird, daß die Aufwertung so nicht durchgeführt werden könne, wie sie sich die dummen deutschnationalen Wähler ausgemalt haben.

In der „Deutschen Tageszeitung“ darf ein Herr Oberamtmann über die Neuregelung der Aufwertung folgendes ansprechen: „Eine einseitige Aufwertung der Hypotheken ohne Berücksichtigung anderer Schuldverbindlichkeiten ist eine hinführende Sache, welche das Wirtschaftsleben, wenn auch die Aufwertung erst zu einem späteren Termin erfolgt, außerordentlich ungünstig, in vielen Fällen sogar katastrophal beeinflussen wird. Eine Aufwertung der im Kriege eingetragenen Hypotheken (man spricht sogar von 25 Prozent) ist ein Unbding... Tatsache ist, daß der Grundbesitz zahlreicher Kirchengemeinden, Forstrenten, Ämter, geistlicher Stiftungen... und sonstiger gemeinnützigen und wohltätigen Zweck dienender Anstalten um Kriegsanleihe gezeichnet zu sein, in den Jahren 1916 bis 1918 hypothekarisch belastet worden sind.“

Dazu läßt sich nur sagen: Während der Wahlkagation las man es anders und während der ganzen Zeit, als die Deutschnationalen in starrer Opposition saßen, kammerierten sie sich über den Einbruch nicht los, daß sie für die Agrierer und die übrigen deutschnationalen Kreise zum Rechten gern aufwerten möchten, aber ja nicht zum Geben.

**Der Zurückzieher des Herrn Oberstaatsanwalts**

Das „Göttinger Volksblatt“ veröffentlichte kurz vor den Wahlen eine Karikatur, die einen Hakenkreuzträger mit einem Dolch in der Hand darstellte. Unter dem Bild stand: „Wie wir aus München erfahren, sollen dort nur noch Hakenkreuze auf Masten geflogen werden. Wähler und Wählerinnen, schlagt am 4. Mai den Hakenkreuzler zu den obigen Schmissen einen Zurückzieher durch die ganze Krage, daß sie, wie der heilige Rudenborff von München, für immer auf dem Saude liegen bleiben.“

General Ludendorff stellte daraufhin wegen des Bildes und Textes Stefanantag gegen unser Parteibild und der Göttinger Oberstaatsanwalt führte sich darüber hinaus verächtlich, wegen Beleidigung des Offizialverfahrens einzuleiten. Dabei darf die Staatsanwaltschaft nur dann die öffentliche Klage in einem Verleumdungsprozeß erheben, wenn das in öffentlichen Interesse liegt. Der Oberstaatsanwalt in Göttingen fand, daß es zu den Aufgaben eines republikanischen Staatsanwalts gehört, den größten Feind und Bekämpfer der Republik aus öffentlichen Interesse gegen eine Basilarikatur zu schützen. Leichter kam der Prozeß nicht zur Durchführung. Nachdem die Verleumdung umfangreiche Beweise gegen Ludendorff und zwar sowohl über seine Tätigkeit beim Dolch-Waffenstillstand, wie über seine Aufschlüsselung in Bayern angeboten hatten, trat die Staatsanwaltschaft plötzlich im Rückzug an und ließ jetzt durch das Amtsgericht Göttingen mitteilen, daß das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt werde. Das kann die Staatsanwaltschaft nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung nur, wenn die Schuld des Täters gering und die Folgen der Tat unbedeutend sind. Auf alle Fälle wird die Staatskasse die Kosten bezahlen müssen, die eine Staatsanwaltschaft verursacht hat, um den größten Feind der Republik von Amtswegen gegen eine Basilarikatur zu schützen. Wie wäre es, Herr Justizminister, wenn diese Kosten dem Herrn Oberstaatsanwalt in Göttingen vom Gehalt bezogen würden, damit er sich das nächste Mal besser auf seine Pflicht als Vertreter der deutschen Republik besinnelt?

**Der Zustand der deutschen Kriegergräber in Frankreich**

Paris, 2. Febr. Im gegenseitigen Einverständnis der deutschen und französischen Regierung hat der Direktor des Zentralniederamtes für Kriegerverluste und Kriegergräber in Deutschland, Oberregierungsrat Fornung, eine größere Anzahl deutscher Kriegergräber in Frankreich besichtigt und dabei etwa 1/2 sämtlicher Gräber der in Frankreich gefallenen deutschen Krieger besichtigt. Die von den Franzosen aus wirtschaftlichen Gründen vorgenommenen Umstellungen sind nahezu vollendet. Die Toten ruhen jetzt mit wenigen Ausnahmen auf den endgültigen Friedhöfen. Auf jedem einzelnen deutschen Kriegergrab ist, soweit nicht die deutschen Grabzeichen verlassen sind, ein schwarzes Holzkreuz, das den Namen und sämtliche Personaldaten angibt, angebracht. Schwärzliche Holzkreuze werden fortlaufend ersetzt. Die Frage, ob an Stelle der Holzkreuze von der französischen Regierung dauerhafte Grabsteine gesetzt werden sollen, wird zur Zeit von den zuständigen französischen Behörden geprüft. Auf den Massengräbern werden große Tafeln mit den festgestellten Namen errichtet. Eine Pflege der Kriegergräber ist in Aussicht gestellt. Im allgemeinen zeigen die Friedhöfe, soweit sie bisher in Stand gesetzt werden konnten, ein gutes Aussehen. Das Aussehen der französischen und deutschen Gräber ist im großen und ganzen das gleiche. Besonders hervorzuheben ist, daß eine Anzahl der von den Deutschen selbst geschaffenen Kriegergräber in ihrer ursprünglichen Form erhalten bleiben.

**Ein Tscheta-Prozeß**

Sonderbare Vorbereitungsregeln der SPD.

Vor einigen Monaten gingen durch die Presse verschiedene Notizen, die die Aufdeckung kommunistischer Geheimorganisations betrafen. Man erinnert sich der von der Berliner Polizei durchgeführten Hausdurchsuchung in der Berliner Ruffischen Gasse, die die SPD-Zentrale verhaftete und der sich vorübergehend mit einem kommenden Tscheta-Prozeß befaßte, ließ erkennen, daß eine für die SPD-Führung wenig angenehme Situation herannahe. Wie man jetzt hört, wird am 10. Februar in Leipzig dieser Prozeß beginnen und sich an ihm ein weiterer, umfangreicher Hochverratsprozeß gegen mehrere Mitglieder der SPD-Zentrale anschließen. Die kommunistische Presse befaßt sich Tag für Tag mit den bevorstehenden Prozeßen und wird nicht müde, zu erklären, daß die SPD, keineswegs auf dem Standpunkte des individuellen Terrors stehe, vielmehr solche Gewaltmethoden ablehne. Diese plöthliche Stellungnahme ist um so sonderbarer, als man bisher in der Praxis davon nichts gemerkt hat. Jedenfalls dürften sich die Kommunisten nicht wundern, daß der bürgerliche Staat mit den Mitteln gegen sie vorgeht, die sie ihm zugedacht haben. Sollte das, was sich bereits mehrfach erwiesen hat, auch in diesem Prozeß wieder zutage treten, daß die SPD, oder ihre jetzige Führung der Meinung ist, der Klassenkampf müsse mit Dynamit geführt werden, so wird auch der Arbeiterschaft nichts anderes übrig bleiben, als von solchen Methoden entschieden abzurufen. Jedenfalls sieht die ganze Stellungnahme der SPD-Presse vorläufig nicht so aus, als ob die SPD, mit sehr viel Mut sich zu dem bekennen wolle, was ihre neue Führerschaft für politische Kampfmittel ansieht.

**Verleumdungsprozeß Auer**

München, 2. Febr. (Eig. Bericht.)

Da die Beklagten im Auer-Prozeß über ein Tüßend neues Beweismittel gestellt haben, um noch einmal nachzuweisen, daß Auer nach seiner Rückkehr aus dem Jahre erhebliche Neuanstellungen für seinen Haushalt gemacht hat, ließ der Kläger, am Montag alle jene Gegenstände in den Gerichtssaal schaffen, dazu ein Preisverzeichnis, aus dem hervorgeht, daß diese Neuanstellungen insgesamt etwa 700 M. ausmachten.

Der Zeuge W. o. s. sagt aus, daß ihm nach Erscheinen der Zeugin Winter der Vorhänger der SPD, München, namens Koch, mitgeteilt habe, Winter und Kämpfer hätten sich bei der SPD, um ihre Aufnahme angemeldet. Dieser Darstellung wird aber von den Beklagten widersprochen.

Als nächster Zeuge gab der Schriftsteller Otto Graf, der früher als Parteimitglied der SPD, angehört, später aber zur SPD übertrat, Aufschluß über die sogenannte SPD-Opportunisten München, der auch er angehört. Diese Opportunisten gründete sich auf drei Punkte, in denen sie eine von der Sozialpartei abweichende Auffassung vertrat: 1. In der Frage des Ermächtigungsgesetzes, 2. in der Frage der Stellung zum Kabinett Cuno und 3. in der Frage der Reichspolitik insbes. auf Bayern und Sachsen. Diese Opportunisten setzten sich aber nicht anders zu verhalten, wenn es in dem Sinne, wie es ja auch in den anderen Parteien einen rechten und einen linken Flügel gebe. Winter hat seine Professur als im Auftrag der Opposition herausgegeben bezeichnet, ohne die Leute der Opposition vorher darüber zu verständigen. Als der Zeuge damals Winter auf die offenkundigen Unrichtigkeiten in der Professur aufmerksam machte, erwiderte dieser, das wisse er sehr wohl, aber man müsse eben manchmal verleumdungen um der Verleumdung willen.

Der Zeuge Volnhals gab Auskunft über eine Besprechung, die am 7. November 1919 vormittags im Münchener Gewerkschaftshaus abgehalten wurde. Hier wurde Cuno wiederholt gefragt, ob er bei der Demonstration auf der Theresienwiese, die für nachmittags angelegt war, etwas Besonderes beabsichtige. Auf wiederholtes Drängen antwortete Cuno damals, daß er sich in das von den beiden Parteien UEB. und SPD. festgelegte Programm einfügen und eigenmächtig nichts unternehmen werde. Nach dieser Besprechung brachte Auer wiederholt zum Ausdruck, daß es das größte Unglück wäre, wenn jetzt eine Revolution ausbrechen würde, denn dadurch würde die ganze Entwicklung gestört. — Der Zeuge S. a. u. e., der bekanntlich kurz vor Weihnachten zusammen mit W. o. s. von der bayerischen Regierung begnadigt worden ist, gab an, daß ein großer Teil derjenigen, die am 7. November in München die Revolution machten, sich dagegen gewandt habe, daß Auer in das Ministerium Cuno eintrete, in der Überzeugung, daß mit Auer die Revolution in die Regierung eingehe. — Die Zeugenaussagen wurden am Dienstag zu Ende geführt.

**Aus dem Freistaat Baden**

**Die Landwirtschaftskammer und die Förderung des Obstbaues**

Vom Verband badischer Kleingarten- und Gartenbauvereine wird uns geschrieben: Der Obst- und Gartenbauverein eines mittelhochdeutschen Landortes leide unter Hebung und Förderung des Obstbaues in der Gemeinde eine kleine Baumhülle an, und ist zur Mittelfürsorge der Kosten mit dem Erzeugen an die Badische Landwirtschaftskammer heranzutreten, ihm einen Zuschuß hierzu zu gewähren, indem die Landwirtschaftskammer jährlich vom Staat einen Zuschuß zur Förderung des Obstbaues bekommt, welcher früher an den Verband Badischer Gartenbauvereine gelangt ist und nachweislich in gemeinsamer Weise zur Förderung des Obstbaues verwendet wurde. Die Antwort auf das Gesuch von der Badischen Landwirtschaftskammer sei hier wiedergegeben, sie lautet:

„Ihrem Ersuchen um Gewährung eines Zuschusses zur Dedung der bei Anlage einer Baumhülle entstehenden Kosten des Obst- und Gartenbauvereins 2. können wir nicht stattgeben. Die Anlage einer Baumhülle ist nicht in erster Linie ein obstandüberdendes Unternehmen, sondern es ist eine werdende, gewerbliche Anlage, wenn man so will, ein Konkurrenzunternehmen gegen die Gärtner. Für solche Konkurrenzunternehmen stehen öffentliche Mittel nicht zur Verfügung.“

Aus diesem Schriftsatz ist die einseitige Einstellung der Landwirtschaftskammer zu ersehen. Wenn man dem gegenüber hält, daß die Antragsteller auch ihre Kamerarbeiträge entrichten müssen, andererseits die Kamerarbeiträge als Konkurrenzunternehmen betrachtet werden können, da kann die Frage, für welchen Zweck der staatliche Zuschuß verwendet wird, wohl auch in der Öffentlichkeit aufgeworfen werden.







# Unterhaltung und Belehrung

## Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankoski

30 Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Er ging wieder vorwärts.  
„Soll ich mit dem Pfarrer sprechen?“ dachte er nach einiger Zeit. „Wenn der sagen könnte, was hier zu tun ist?“

Er schritt eine weite Strecke vorwärts, während er dies hinundher überlegte.

„Das läßt man wohl besser sein.“ schloß er zuletzt. „Sie sind zu jung, sowohl der Kaplan als der Stellvertreter des Propstes. Was verstehen sie von solchen Sachen! Das muß man wohl allein ausmachen — wie man es auch allein tragen muß.“

Er dachte jedoch weiter, daß es gleichwohl die Zeit erleichtern würde, wenn er mit jemandem sprechen könnte.

„Immerhin besser mit den Jungen.“ meinte er. „Sie sind gute Burschen — und jetzt verhehe ich ihre Blinde: sie haben schon vor mir gelitten. Aber ein Blinder kann ja einen Blinden nicht führen.“

Er bemerkte, daß vor ihm ein Weg abzweigte, und machte zusammenfahrend Halt. Da stieg ein kleiner Seitenweg die Böschung hinan.

Dort stand der Gutshof tot und gespenstisch. Er sah die Schatten der hohen Birken geheimnisvoll auf der Schneedecke schwanzen und hörte das stille Knirschen und Knacken ihrer vereisten Zweige in dem kalten Wind.

Und da war der Hügel mit der Kornbarre! Die alte, baufällige Scheune schien sich kaum noch aufrechtzuhalten — auch die neuen Balkenbalken sahen in dem fahlen Licht des Mondes in erschreckender Weise aus, als wollten sie zusammenstürzen.

„Alles das, was ihm noch vor einigen Stunden traut und lieb vorgekommen war, wirkte jetzt tot und abstoßend.“

Seine Augen füllten sich mit Tränen.

„Nein, vorwärts muß ich, bis ans Ende der Welt!“ Er machte sich wieder auf.

Aber der Wind drang so heftig durch seine dünnen Kleider, daß er zitterte. Da hielt er inne und begann zu überlegen.

„Ich kann ja doch diese Nacht in der Gefindestube schlafen — dann gehe ich morgen früh irgendwohin.“

Als er die Böschung hinanschrift, überkam ihn ein unheimliches Gefühl — er fühlte sich plötzlich alt.

Seine Beine kamen ihm unbiegsam steif vor. Wie wenn er ein alter krummer Nachholer gewesen wäre, der sich nur noch infolge der Steifheit seiner eigenen Krümmung vorwärts ardetete.

„Was ist denn das Alter?“ fragte er sich entsetzt.

„Es ist nicht immer Krankheit oder auch nur Schwäche — es ist etwas anderes.“

Vor das Gefindehaus gelangt, hielt er an und betrachtete es wie ein fremdes Gesicht.

Da bemerkte er zu seiner Ueberraschung, daß der Vater Nikko auf dem Dache am Rand des Schornsteins saß.

Das machte einen eigentümlichen Eindruck auf ihn. Wie wenn es eine neue Erscheinung in dem großen unbegreiflichen Lebensrausch gewesen wäre, das sich in dieser Nacht vor ihm aufgetan hatte.

„Hast du auch Gedanken, mit denen du geflohen bist?“ wunderte er sich.

Er sah lange hin und fühlte sich bewegt. Es war ihm seltsam, aber zugleich tröstlich, daß dort über ihm noch ein anderes lebendes Wesen war, das über einsame Gedanken brütete, wie er selbst es tat.

XII.  
Ein Tag verging nach dem andern, ohne daß Lutela wachte, ob er lebendig oder tot war.

Er lebte das innere Leben des Einsamen. Heute brannte der eine Schmer, morgen ein anderer, heute glaubte er einen Klarheit versprechenden Faden gefunden zu haben, morgen fand er bereits ins Dunkel zurück.

Nur eins fühlte er deutlich — daß er vorläufig nichts unternehmen und nirgendhin gehen konnte, bis er über sich und sein Leben zur Klarheit gelangt war.

Auch fühlte er bis ins Mark, daß ihn das Alter endgültig überfallen hatte, daß sein Lebensfaden nur noch durch die leicht zerreibbaren obersten Fasern zusammengehalten wurde.

Als er zum erstenmal die junge Frau wieder sah, glaubte er ruhig zu sein, wie er beschlossen hatte, seinen Weg ruhig zu gehen, möchte kommen, was da wollte.

Als aber, ohne daß er es wollte, sein Blick ihre gerundete Gestalt traf, da überkam ihn von neuem der unheimliche Wunsch, zu ihr zu gehen und sie ohne ein Wort zu erwürgen. Oder wenigstens vor sie hinzutreten und ihr vor allen ins Gesicht zu speien und zugleich das Unrecht, das ihm angetan worden war, in alle Welt hinauszuführen.

Er hatte jedoch so viel Bestimmung, daß er sich vorstellen konnte, wohin es führen würde. Und als er den lauernden Blick Kittas wahrnahm, versuchte er zu lächeln, obgleich es immer noch in seiner Brust grollte.

Er begriff jetzt, daß die Magd alles erriet, es wohl schon längst erraten hatte. Da erhob sich sein Stolz, sein gemeinames Familien- und Tugendgefühl zu trotzigem Widerstand.

Als er sich vom Tisch erhob, zwang er sich, der jungen Frau beiläufig ein paar Worte zu sagen — damit sowohl Kittas als bei derselben Gelegenheit die anderen einsehen, daß ein Küchengebührer nichts hiermit zu tun hatte.

Innerlich aber fühlte er einen Schauer. Namentlich abends, wenn er der Leute wegen gezwungen war, mit Mantia in dieselbe Kammer zu gehen. Er schloß allerdings gleichsam die Augen vor allem, hatte sein Lager für sich und tat so, als sei er eingeschlafen. Aber es war ihm, als würde er jeden Abend in eine Folter-

Kammer geführt, und in der ersten Zeit mußte er die Zähne aufeinanderbeißen, um einen Ausbruch zurückzuhalten.

„Etwas anderes konnte er jedoch vorläufig nicht tun — nur leiden und schweigen.“

Er hatte mehrfach versucht, in den Kern der Sache einzudringen, ruhig und unparteiisch.

Es war ja wahr, daß er selbst diese Heirat gewünscht hatte. Aber daß sie Mantia mehr als irgendeinen anderen von den Leuten Reskitalos zuwider gewesen wäre, davon hatte er früher keine Ahnung gehabt.

Nun hatte jedoch Hanna in jener unglückseligen Stunde etwas dergleichen gesagt.

Allerdings bestand ein Unterschied im Alter, das gab er zu. Aber das war doch nichts Ungewöhnliches, und dies war durchaus nicht der einzige derartige Fall. Und weshalb hatte Mantia es damals nicht geradeheraus gesagt? Er hätte doch seine mit Gewalt geheiratet. — Weshalb nicht? Darin lag gerade das Unrecht!

Da dachte er an Reskitalo und daran, wie wichtig diese Heirat für seine nächsten Verhältnisse gewesen war. Reskitalo ist der Schulbube dabei! schloß er. Hätte er damals wie ein Mann gesagt: ich möchte gern, aber meine Tochter will nicht, dann wäre es klar gewesen. — Dann die Flucht nach Savolax und die sonstigen Lausereien!

Der Haß gegen Reskitalo begann in ihm zu lodern. Er beschloß, den bibelstehenden Jungs für alles zur Rechenschaft zu ziehen.

Aber immer kam dann Hanna mit ihren blauen, verängstigten Augen und ihren krampfhaft gefalteten Händen dazwischen — „Seien Sie dem Vater nicht böse, er hat so viel gelitten!“

Freilich, das verstand er ja und hatte es sogar gesehen. Aber der Schurke hatte noch nicht den zehnten Teil von dem gelitten, was er verdient hatte!

So vergingen die Tage, ohne daß Lutela einen entscheidenden Schritt tun konnte.

Sie mied sich gleichsam und sah sich nie in die Augen, weder am Tisch noch sonst. Und wenn sie sprachen, galt es nur der gerade vorliegenden Angelegenheit — der Arbeit und beschränkte sich auf die notwendigsten Worte. Es war aus zwischen ihnen.

Eins war Lutela klar — daß an Reskitalo und der ganzen Familie Aache genommen werden mußte, so erschreckend und furchtbar, wie ihr Handeln an ihm gewesen war.

(Fortsetzung folgt.)

## Die beiden Seelen

Von Paula Leberer

Zu einem großen Hause einer Stadt fanden zu gleicher Zeit zwei Frauen. Die eine war die Besitzerin des Hauses gewesen, und die andere hatte in der engen Dachkammer über dem dritten Stock ihr trauriges, elendes Leben gefristet. Die beiden Seelen der Besitzerin mußten also zur selben Zeit den Weg zum Himmel antreten. Die Seele der reichen Frau erste voran, sie schickte sich zu gehen, die andere ging langsam und hielt sich in einer respektvollen Entfernung. Doch bei der Himmelstür trat sie sich wieder, denn die war verschlossen, da sonst der Anflug mit dem Aus- und Eingehen der Seelen zu groß geworden wäre. Beide Seelen klopfen an und beiden wurde aufgegeben: Petrus ließ sie vor sich treten, schaute sie an und sagte ein lautes „Gn, gn.“ Wie man es sagt, wenn man lebhaft denkt und doch nichts sagen will. Nun sahen sich die beiden Seelen an, denn sie kannten sich doch eigentlich nicht. Die Seele der reichen Frau war hell, beinahe durchsichtig; die der armen Frau war grau und sah wie verstaubt aus. „Wie wird es mir nur ergehen?“ dachte die graue Seele, während die andere sicher und selbstgefällig auftrat. „Nun“, meinte Petrus nach einer Pause, „was habt ihr zu melden? Hier darf niemand durch, bevor er nicht das Hauptgeschäftliche aus seinem Leben naherheitsgetreu berichtet hat.“ Da fing die reiche, durchsichtige Seele an zu erzählen: „Oh“, meinte sie, „mein Leben ist mit anzusehen, es war rein. Ich pflegte mein besseres Teil, mich selbst. Meine Gedanken waren nie böse, meine Gebete waren stets innig und kein bloßes Vippenspiel. Ich habe mich zu untern nicht bequemt. Ich ging jeder bösen Verlockung aus dem Wege und hüte mich vor jeder Sünde.“ „Und du?“ forschte Petrus weiter. Da fing die graue Seele zu zittern an. „Ach, ich“, begann sie zaghaft, „ich habe ja gar keine Zeit gehabt, an mich zu denken. Ich habe soviel arbeiten müssen. Das Leben, die Familie, das tägliche Brot, die waren meine Antreiber. Gebetet habe ich auch nur selten, denn ich mußte immer soviel für andere schaffen. Ich mußte mich duden, immer duden. Ich mußte durch soviel Staub und Schmutz gehen. Auch habe ich geglaubt, daß die Pflichten gegen die Meinen wichtiger sei als ich selbst, und nun bin ich so vernachlässigt.“

Eine Weile blieb Petrus still, dann trat er an die graue Seele heran und blies sie mit geistlichem Munde an. Und siehe da — der Staub, der sie bedeckte, flog ein wenig von ihr weg. „Seelchen, Seelchen“, sagte er gutmütig, „das ist nur leichter Erdenstaub. Der fliegt hier oben schon weg. — Aber du“, wandte er sich an die klare Seele, „du bringst gar nichts mit, das dich auszeichnet. Du bist so ganz inhaltslos; du hast dich nur zeitweilig geputzt. Dafür sollst du hier etwas tun, um das Verstaubte nachzuholen.“ Und er reichte ihr ein feines Tuch und fuhr fort: „Wische allen Erdenstaub von dieser armen Seele ab, auf daß sie leuchte. Das hüte dich Frau den Erdenstaub von der anderen Seele ab. Die leuchtete dann so schön, daß auch die Seele der reichen Frau wie in Strahlen aufging.“

## Theater und Musik

Badischer Kunstverein

Man nennt sich schwer von dem kleinen Saal, in dem Prof. Gehe eine reiche Wahl seiner jüngsten Werke zeigt. In Form und Farbe lassen die Bilder einen monumentalen Zug erkennen. Es quillt aus ihnen ein elementarer Lichtreiz, Geheht hat sich eineeigene Technik konzentriert, die er dort heftlich in Anwendung bringt, wo er besonders interessieren will. Der Mund bei dem einen Bildbesucher macht den Eindruck, wie wenn er ganz zuletzt aufgesetzt, gleichsam in das ganze Bild nachträglich eingeklebt worden wäre. Trotzdem die Farbenharmonie auf hell und weich registriert ist und wenig Differenzstöne hat, hat die Palette Geheits Kraft und sein Auge eine gute Einstellung. Das

Rechenfeld am See ist ein überaus farbenfrohes leuchtendes Werk, das dem Betrachter alle Sinne macht. Mit einer fast betonten Phantasie weiß Gehe, von der Natur spielerisch geformte Felsen und Wurzelfüße durch leichte farbige Unterstreifung seiner künstlerischen Absichten sparsamlich zu machen. Die Kuriositäten stehen in einer Gruppe, sie sind ergötztlich anzusehen und auszubauen. Den Werken des allzu früh verstorbenen Walter Hiller ist der große Saal eingeräumt worden. Hauptächlich sind es Delagiemäße aus allen Schöpfungszeiten des unermüdbaren Künstlers. Aus fern und nah sind Landschaftsauschnitte zu sehen, für die Hilfer immer frische kräftige Farben und eine auch im Detail klar geführte Linie gefunden hat. Trotz seiner Ziellosigkeit läßt sich feststellen, daß der Künstler bei seiner Arbeit immer bedächtig, fein färblich vorging. Alles, Zeichnung und Farbe, ist fein aufeinander eingestimmt, so daß jedes Werkchen einer abgerundeten Einheit macht. Stark verinnerlicht wirkt das Selbstporträt des Künstlers, dann hat auch sein Prediger ein faszinierendes Relief. Ob die Zeit den Stürmer und Dränger Josef Hagenbarts' Dresden in zühiger Bahnen bringen wird, das kann selbst wohl nicht die allmähliche Bege aus Macbeth sagen, den er teilweise illustrierte. Auvarrell und Zinten sind hauptsächlich die ledigen Werke, die seine wirren Impressionen verdammen helfen. Vieles ist flüchtig, genial hingeworfen, geistreich und effektiv interpretiert, alles auf monstrosen Linie angelegt. Zwei Köpfe sind ganz glänzend in Form und Linie gelungen. Beweis für die Kunst dieses Brausekopfes. Hagenbarts' Mägen hat mit seinem „Boschhaus“ den Kunstvereinsmitgliedern ein Kreisrätsel aufgegeben. Anscheinend ist das Boschhaus von dem Hagenbarts' meeres weggeschwemmt worden, denn es ist nicht mehr auf der Welt. Doch Hagenbarts' auch seine Kunst betrifft, zeigt das Porträt des Hofrat Richard der zeitigen Leiters des hiesigen Lehrgangvereines. Die kleine Kullisch-Kollektion befaßt sich mit gut gezeichneten und klar wiedergegebenen Schloß-Interieurs. Wolfsoberger hat Zeichnungen von Jüngerer Klotz im Bestrahlungs gestellt. Er hat die Manier alter Meister, die lang schon tot wie Bekanntheit in den Meisterjahren sagt, aber die Güte dieser Altmeister ist auch auf Wolfsoberger übergegangen. Die Wälderischen Hombadische sind wohl gelungen. Die Hänglingeischen Auvarrell werden auf einfache Formeln gebracht. Fritz Wöber zeigt an dem Bronze-Frauenkopf, daß er eine geschickte Hand hat, charakteristische Linienzüge im Stoff festzuhalten. D. B.

## Vollstübige Karlruhe

Durch die ordentliche Mitgliederversammlung beschloß vorige Woche der Verein Vollstübige salungsgemäß das Geschäftsjahr 1924, das fünfte des Vereins. Es war die erste Mitgliederversammlung, die auf Grund der neuen Satzungen zusammentrat, nach denen sie sich nicht mehr aus Vertretern der Berufsorganisationen zusammensetzt, sondern aus der Gesamtheit der Einzelmitglieder. Dem Geschäftsführer und Redaktionsleiter, den der Geschäftsführer des Vereins, Direktor Hans Lüth, ablegte, entnehmen wir folgende Daten, die allgemeiner interessierten dienen: Die „Vollstübige Karlruhe“ ist seit August dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine in Berlin angeschlossen, der fast sämtliche Organisationen dieser Art umfaßt (nahezu 150 Vereine mit weit über einen halben Million Mitglieder); das abgelaufene Jahr war außerordentlich erfolgreich für die V.V. Eine Tatsache, die sich daraus erklärt, daß gerade die Stelle, aus denen sich die Besucher der V.V. rekrutieren, besonders stark unter der schiefen wirtschaftlichen Lage zu leiden hatten, so daß die wenigsten von ihnen Aufwendungen für kulturelle Zwecke machen konnten. Die Mitgliederzahl ging stark zurück und die Selbstverwaltung des Vereins konnte nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß ihm noch alte Kräfte gespendet wurden von den Firmen: Simmer, Geisner, R. Gomburger, Junfer und Ruch, Rheinische Erdölwerke, Strauß u. Co., Süddeutsche Distinkto, Gebr. Dühl und Hermann und Göttinger, sowie durch den Verband des Vereins. Ein weiteres nachahmenswertes Beispiel ist aus dieser Stelle erwähnt: Die Firma Henning schenkt allmonatlich ihren familiären Angehörigen eine Karte der V.V. als überlieferten betrachtet werden kann. Nachdem der Juli 1924 den Rekord von 1800 Mitgliedern gebracht hatte, ist eine stetige Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen, so daß die Januarbestellung wieder von über 3000 Mitgliedern besetzt wurde. Bis Juli wurden die Mitglieder ausschließlich in geschlossenen Vorstellungen geführt. Es wurden gegeben: Götz von Berlichingen (viermal), Leber die Kraft I (dreimal), Jungfrau von Orleans (dreimal), Teufelskühler (zweimal) und die Oper: Indine (viermal), Verkaufte Braut (dreimal). Seit Herbst werden die Mitglieder der V.V. in Gruppen die öffentlichen Vorstellungen des Landestheaters, wobei aus dem vorbandenen Repertoire des Theaters die für Vollstübigen geeigneten Werke durch den Vorstand ausgewählt werden.

Ungefähr vierzehntägig soll ein Werk in geschlossener Vorstellung gegeben werden. Das erste war (allerdings erst im neuen Geschäftsjahr) Faust I. (dreimal). Ruedings erst im stärker interessierten Mitgliedern (sogenannte „Sondergruppe“) Karten zu Konzerten, Vorlesungen sowie weiteren Vorstellungen zu Vollstübigenpreisen vermietet. Auch sind mit zunehmender Verbindung aller Verhältnisse eigene Veranstaltungen beabsichtigt und künstlerischer Art durch den Verein geplant, die dann den Mitgliedern zu ganz niedrigen Eintrittspreisen zugänglich gemacht werden sollen. Auch soll der Versuch gemacht werden, eine kleine Zeitschrift ins Leben zu rufen, wie sie andere Volksbühnen schon besitzen. Der Vertrieb der Karten erfolgt in der Hauptstadt (90 Pro.) nach wie vor durch die Vertrauensleute. Der Rest wird persönlich in der Geschäftsstelle abgeholt. Die Vertrauensleute sind somit immer noch die Stützen unserer Volksbühne. Es wird ihnen für ihre aufopfernde, selbstlose Tätigkeit herzlich gedankt. Die Geschäftsstelle befindet sich nach langem Zögern nunmehr seit dreizehn Jahren in einem angenehmen Raume im „Alten Kreuz-Daus“, Stefanienstraße 74. Sie beschäftigt außer dem Geschäftsführer eine Bürogehilfin.

An den befalligen aufgenommene Geschäftsführer schloß sich eine lebhaft Debatte an, die allerdings in den Vordergrund trat. Es wurde um die Abstellung kleinerer Mängel gebeten, im allgemeinen aber die Zufriedenheit der Mitglieder mit den Leistungen der V.V. ausgesprochen. Mit Worten der Anerkennung für Vorstand und Geschäftsführer wurde die Entlassung erteilt. Bei der Annahme wurde jedoch der gesamte Vorstand, der zum größten Teil seit Bestehen des Vereins amtiert, einstimmig neu gewählt: Regierungsrat Günther (A. Vorleser), Arbeitersekretär Erb (S. Vorleser), Gewerkschaftsleiter Meßner (Kassier), Gewerkschaftsleiter Meßner (Schriftführer). Dazu als Beisitzer Frau Ehrenmann, Hofrat Deneberger, Rechtsanwalt Geisner, Hochschulpflichtiger Goll, Gewerkschaftsleiter Kluge und Vertrauensmann Sproll. Als Revisionen die Herren Kersch und Oberle. Der Vorsitzende konnte den Gesamtbescheid der Versammlung dahin zusammenfassen, daß zwar noch viel Arbeit zu leisten sei, daß aber die V.V. doch wieder mit begründeter Hoffnung in die Zukunft blicken können.











Karlsruher Polizeibericht vom 4. Februar

Wegen Diebstahls gelangten gestern 15 Personen zur Anzeige, die für Darlehen übermäßig hohe Zinsen verlangt haben.

Ein Leibesdieb wurde gestern nachmittags dabei betreten, wie sie in einem heftigen Schussgefecht ein Paar Schuhe entwendete.

Ein Dieb, eine Wadlerkittin von hier, wurde verhaftet. Festgenommen wurden: Ein Dieb von hier, der wegen Diebstahls zum Strafpolizei geführt wurde.

Ein Diebstahl. In der Nacht zum 3. Februar wurden aus einem Schneidergeschäft in der Kriegerstraße Kleidungsstücke im Gesamtwert von 300 Mark gestohlen.

Valuta

nach dem Berliner Mitteltours vom 3. Februar 1925. In Auszahlung: Belgien 21.55 M per Belg. Fr. Holland 169.25 M per 100 Holl. Guld.

Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 33, gef. 7, Rapp 328, gef. 8, Mannheim 237, gef. 13 Str.

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Veranstaltungen finden statt: Karlsruher: Mittwoch, 4. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus (Konferenzsaal) Vortrag des Gen. Vfr. Rapp.

Trinks, Parteisekretär.

Gerichtszeitung

Doppelheute. Unter der Anlage der Doppelheute stand ein Schneider von Heidelberg vor Gericht. Seit vielen Jahren ist der Angeklagte in ein verhängnisvolles Schicksal verwickelt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Gemtie Gilbert, alt 67 Jahre, Witwe von Alois Gilbert, Kaufm., Wilhelm Schneyf, Schneider, alt 66 Jahre.

Durlacher Anzeigen.

Die Aufnahme in die Volkshule der Stadt Durlach betr.

Auf Beginn des neuen Schuljahres werden alle Kinder schulpflichtig, die am 30. April 1925 das letzte Lebensjahr zurückgelegt haben.

Mädchenbürgerschule Durlach.

Aufnahme in die Mädchenbürgerschule betr. Eltern, die gelovnen sind, ihre Kinder in die Mädchenbürgerschule zu schicken, wollen diese am Donnerstag, den 5. Februar 1925, nachmittags von 2-4 Uhr, in der Volkshule (Schulhofstraße) 3. Stod, Zimmer Nr. 6, anmelden.

Evang. Kirchensteuer.

Der volle Betrag der Kirchensteuer 1924 ist fällig und werden die Sämmigen erlucht, dieselbe bis längstens 15. Februar zu entrichten, andernfalls Wahrung gegen Gebühr erfolgt.

Gesundheitspflege

Die Heilbarkeit der Keimfiebererkrankungen. Schwere Lungen- und Keimfiebererkrankungen finden sich sehr häufig gleichzeitig bei denselben Patienten.

Schwangerschaft und Gewerbeaufsicht. Der Preussische Gesundheitsminister und der Minister für Volkswohlfahrt haben Maßnahmen zum Schutz der gemeinschaftlichen Schwangeren und Wöchnerinnen angeordnet.

Beseitigung der französischen Botschaft im Vatikan

Ein neues Vertrauensvotum für Herriot. Paris, 3. Febr. (Eigener Fundbericht.) Die französische Kammer hat am Montag der Beseitigung der französischen Botschaft im Vatikan zugestimmt.

Die Aufnahme des Vertrauensvotums wurde von den Regierungsparteien mit förmlichem Beifall aufgenommen. Die Kammer verlegte sich dann auf Donnerstag.

Paris, 3. Febr. Die 314 Abgeordneten, die gestern für die Aufhebung der Botschaft im Vatikan stimmten, haben sich heute in 26 Gruppen getrennt.

Paris, 3. Febr. Die Vormittagsitzung der Kammer, die der Weiterberatung des Titels 9 des Budgets für auswärtige Angelegenheiten gewidmet war, begann erst lange nach der angedachten Eröffnung.

rief daswischen: „Nein, nein, nein! Ich habe das schon tausendmal gesagt!“ Blum fuhr fort, er hoffe und habe die Überzeugung, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem sich alle christlichen Staaten versammeln, um mütlich für den Weltfrieden zu arbeiten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Artikel betreffend die Unterhaltungsstellen der auswärtigen Missionen angenommen. Bei der nachfolgenden Beratung über die Mission beim Vatikan, die auf Sonderkapitel bewilligt werden mußte, stellten die Kommunisten den Antrag auf Ablehnung.

In der Nachmittagsitzung der Kammer sagte Blum seine Rede von heute vormittag fort. Er erinnert an die sozialistische Auffassung über die internationale Zusammenarbeit der Nationen.

Letzte Nachrichten Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

Aberreichung der deutschen Note. Paris, 3. Febr. Die deutsche Handelsdelegation hat gestern dem französischen Handelsminister Renaudy die Antwort der deutschen Regierung auf die französischen Vorschläge vom 26. Januar überreicht.

Paris, 3. Febr. Die Note, die Staatssekretär Trendelenburg überreichte, enthält bestimmte Vorschläge über die Wiederherstellung der Verhandlungen, vor allem den Vorschlag, daß die Verhandlungen nicht weiter schriftlich, sondern mündlich geführt werden sollen.

Erdbebenshäden in Ungarn

Unbeseh, 2. Febr. In der Gegend des Nitragebirges, insbesondere in der Stadt Unbeseh, haben sich die Erdbeben der Nacht vom Samstag auf Sonntag wiederholt.

Verbandsanzeiger

Karlsruhe. Metallarbeiter-Jugend. Mittwoch, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Jugendheim Zusammenkunft aller Jugend-Metallarbeiter- und Metallarbeiterinnen.

Grödingen. (Sozialdem. Partei.) Donnerstag, den 5. Febr., abends 8 Uhr, im Gasthaus „zum Ochsen“ Parteiverammlung.

Denke daran nur „Schwan im Blauband“ sollst du bringen, die Feinkostmargarine mit dem vorzüglichen Aroma und Geschmack, die auch so gut zum Kochen und Braten ist. Sie kostet 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Originalpackung. Schwan im Blauband frisch gekümt. Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Druckarbeiten

Der volle Betrag der Kirchensteuer 1924 ist fällig und werden die Sämmigen erlucht, dieselbe bis längstens 15. Februar zu entrichten, andernfalls Wahrung gegen Gebühr erfolgt.

Der Erheber: Degehart.



